

dbb Jahrestagung 2020

Ideenwerkstatt öffentlicher Dienst

Gewerkschaftspolitischer Auftakt hochkarätig besetzt und gehaltvoll

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesinnenminister Horst Seehofer, Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey, Ministerpräsident Armin Laschet (Nordrhein-Westfalen), Staatssekretärin Heike Raab (Bevollmächtigte beim Bund und in Europa des Landes Rheinland-Pfalz) und Kevin Kühnert, stellvertretender Vorsitzender der SPD – sie alle waren neben weiteren Mitwirkenden aus dem bundes- sowie landespolitischen, dem kommunalen und dem wissenschaftlichen Bereich am 6. und 7. Januar 2020 in Köln auf dem Podium zu Gast beim dbb.

➤ 300 000 Beschäftigte zu wenig

In seiner hinterher medial als „Brandrede“ bezeichneten Ansprache zur Lage des öffentlichen Dienstes wies dbb Bundeschef Ulrich Silberbach eindringlich darauf hin, dass aktuell bundesweit rund 300 000 öffentlich Beschäftigte fehlen: „Das ist wirklich dramatisch. Wir müssen schleunigst zusehen, dass wir den öffentlichen Dienst mit sinnhafter Digitalisierung und nachhaltiger Personalpolitik fit für die Zukunftsaufgaben bekommen.“ Von Politik und Regierungen forderte er massive Investitionen. „Lasst die Beschäftigten, die ihre Pflicht erfüllen und jeden Tag ihr Bestes geben, nicht im Regen stehen! Macht endlich Euren Job, damit die Kolleginnen und Kollegen ihren machen können!“



➤ Erfolgreiche Jahrestagung: dbb Bundeschef Ulrich Silberbach und dbb Landeschefin Lilli Lenz im Kreise weiterer dbb Bundesleitungsmitglieder, der dbb Landesleitung und weiterer Tagungsgäste aus Rheinland-Pfalz.

➤ Keine Gewalt gegen öffentlich Bedienstete

Unter dem Eindruck jüngster Fälle von Gewalt gegen öffentlich Bedienstete verurteilte Ulrich Silberbach Angriffe scharf und forderte eine konsequente Verfolgung von Gewalttaten sowie eine bundesweite Meldestelle. Bundesinnenminister Horst Seehofer sagte dafür seine Unterstützung zu.

Dem SWR Rheinland-Pfalz sagte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz flankierend in die Kamera: „Wir als Gewerkschaft genauso wie die Personalräte müssen darauf achten, dass warmen Worten Taten folgen, eben indem ein Dienstherr dann eine Strafanzeige stellt im eigenen Namen und den Angegriffenen nicht allein auf ‚private‘ Möglichkeiten verweist.“ Sie forderte damit mehr und besseren internen Rückhalt für angegriffene Bedienstete.

➤ Der öffentliche Dienst der Zukunft: Agil. Vielfältig. Digital.

Der dbb legte ein Werkstattpapier zur Modernisierung des Staatsdienstes vor.

„Akzeptanz wird der öffentliche Dienst nur dann erreichen können, wenn er den Staat als ‚Spiegel der Gesellschaft‘ repräsentiert mit einer vielfältigen Beschäftigtenstruktur, digitalen Dienstleistungen und einer wertschätzenden respektvollen Teamkultur“, machte dbb Chef Silberbach deutlich. Auch auf dem Arbeitsmarkt werde der öffentliche Dienst im Wettbewerb um die Leistungsträger von morgen nur dann punkten können, wenn er ins Profil der Berufseinsteiger von heute passe: agil, vielfältig, digital.

Heike Raab, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz

beim Bund und in Europa und im Bundesland seit 2011 zuständig für Digitalisierung, stellte heraus, dass es wichtig sei, die Personalvertretungen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beginn an mitzunehmen, um den Prozess der Digitalisierung erfolgreich zu gestalten. Insbesondere müssten auch alle Führungskräfte eine Vorbildfunktion einnehmen und ausfüllen.

Ob sie die Entschließung des dbb rheinland-pfalz „Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung: Chancen nutzen. Risiken minimieren. Mehr Mittel bereitstellen.“ vorher gelesen hatte? – siehe „durchblick“ 12/2019, Seite 3.

Ausführliche Informationen zur dbb Jahrestagung 2020 finden Sie im Internet unter www.dbb.de oder im dbb magazin. ■

dbb rheinland-pfalz zu Gast bei CDU-Landtagsfraktion

Dr. Weiland/Lenz: Aushängeschild öffentlicher Dienst muss poliert werden

Gewalt gegen öffentlich Bedienstete verurteilt

Öffentliche Dienstleistung von hoher Qualität ist Aushängeschild eines erfolgreichen Gemeinwesens. Ein reibungslos funktionierender öffentlicher Dienst ist wichtig für Rheinland-Pfalz und gut für die Einwohnerinnen und Einwohner. Damit das so bleibt, müssen die Beschäftigungsbedingungen laufend überprüft und nötigenfalls angepasst werden, das stellten dbb rheinland-pfalz und CDU-Landtagsfraktion bei einem Gespräch in Mainz fest.



> dbb Landesvize Lars Lamowski, dbb Landeschefin Lilli Lenz und die CDU-Landtagsabgeordneten Christof Reichert, Bernhard Henter sowie Dr. Adolf Weiland (von links)

Jede bedarfsorientiert wirksame Maßnahme zur Fachkräftegewinnung und -sicherung ist eine lohnende Investition in die Zukunft, sind sich die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Adolf Weiland einig.

dbb Landeschefin Lilli Lenz: „Im verschärften Arbeitgeberwettbewerb um qualifizierte Kräfte wird es für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz zunehmend schwerer, sich zu behaupten. Aus dbb Sicht muss noch stärker daran gearbeitet werden, dass der öffentliche Dienst konkurrenzfähig bleibt und in der weiteren Entwicklung des Arbeitsmarktes nicht abgedrängt wird. Der dbb rheinland-pfalz fordert deshalb mittelfristig mehr Mittel zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes im Land.“

Christof Reichert, haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: „Gerne werden wir die vom dbb gestartete Attraktivitätsoffensive unterstützen. Neben den im monetären Bereich erfolgten

und erforderlichen Anpassungen sind insbesondere auch die sogenannten weichen Faktoren zu einem besseren Arbeitsumfeld anzugehen und umzusetzen.“

Die Gesprächspartner sprachen sich vehement gegen Gewalt zulasten öffentlich Bediensteter sowie Angehöriger der Rettungsdienste aus: Angriffe auf Menschen, die für das Gemeinwohl Dienst leisten, die helfen, schützen und retten, sind absurd. Täter müssen konsequent verfolgt werden.

Aufgeschlossen reagierte die CDU-Landtagsfraktion auf dbb Anregungen für möglichst anonyme Opferkontaktmöglichkeiten zu einer zentralen An-

laufstelle sowie für den Ausbau interner und externer Hilfsangebote.

Neben der dbb Landeschefin Lilli Lenz nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Lars Lamowski am Gespräch teil. Für die CDU-Landtagsfraktion nahmen der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Adolf Weiland, der haushaltspolitische Sprecher Christof Reichert sowie der Beauftragte für Beamtenfragen der Fraktion, Bernhard Henter, teil.

Die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion äußerten, dass die Fraktion stets ein offenes Ohr für die Belange der öffentlich Bediensteten im Land habe, auch ablesbar an Anfra-

gen und Berichtsanträgen zum Thema im Landtag. Hier sei zum Beispiel verwiesen auf die Große Anfrage zur Zulagen- und Personalsituation in der sogenannten „Blaulichtfamilie“ des öffentlichen Dienstes (Polizei, Justizvollzug, Feuerwehr; LT-DrS 17/1067 und 10708) oder den Antrag LT-DrS 17/10818 der CDU-Fraktion.

Eine Überprüfung des Zulagenwesens im finanziellen öffentlichen Dienstrecht sahen die CDU-Landtagsabgeordneten im Zusammenhang mit einer Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes sowie als Möglichkeit zur Implementierung wertschätzender Bezahlungsverbesserungen allgemein als hilfreich an. ■

Landesvorsitzende Zum Jahresstart 2020



Liebe Leserin, lieber Leser,

Ich hoffe, Sie hatten eine schöne Vorweihnachtszeit, frohe Festtage und sind gut in das neue Jahr gekommen.

Ich wünsche Ihnen, dass 2020 ein glückliches, gesundes, friedliches und erfolgreiches Jahr wird. Wir haben beim dbb rheinland-pfalz ein Jahr mit vielen Highlights und viel Neuem hinter uns, aus dem wir Rückenwind mitgenommen haben.

► Einkommensrunde 2019

Zu Jahresbeginn 2019 waren wir intensiv mit den umfangreichen Vorbereitungen für unseren Gewerkschaftstag beschäftigt. Gleichwohl haben wir unser gewerkschaftliches Kerngeschäft nicht vernachlässigt: Eine eigenständige Warnstreik- und Protestdemo am 19. Februar 2019 in Mainz mit gut 2000 Teilnehmenden wurde organisiert und durchgeführt. Lautstark haben wir ein Zeichen gesetzt im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde der Ländertarifvertragsparteien: für angemessene faire Bezah-

lung im öffentlichen Dienst. Auch dienstfreie Beamtinnen und Beamte haben uns unterstützt, denn wie immer bei Ländertarifrunden ging es auch um eine schnelle und ungeschmälerete Übertragung des erwarteten Verhandlungsergebnisses auf Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamten.

Anfang März einigten sich die Tarifparteien auf einen Abschluss für den öffentlichen Dienst der Länder: Anhebung der Tabellenentgelte um 3,2 Prozent ab 1. Januar 2019, um 3,2 Prozent ab 1. Januar 2020 und um 1,4 Prozent ab 1. Januar 2021 bei einer Laufzeit von 33 Monaten. Dies wurde anschließend systemgerecht und zeitgleich vom Besoldungsgesetzgeber auf die Landes- und Kommunalbeamten umgeklappt, inklusive der beiden von der Landesregierung bereits frühzeitig zugesagten, außerordentlichen Zusatzanpassungen von jeweils 2 Prozent ab 1. Juli 2019 und 1. Juli 2020.

Rückblickend lässt sich sagen: Das haben wir uns mit langem Atem erkämpft. Wir haben unbeirrt immer wieder mit überzeugenden Gründen argumentiert und mit der Demonstration unsere Forderungen kraftvoll auf den Punkt gebracht!

Das Land hat damit einen großen, finanziell sicher nicht leichten Schritt getan, um im Bund-Länder-Besoldungsvergleich endlich Plätze gutzumachen, um im „verdichteten Mittelfeld“ zu landen. Das erkennen wir ausdrücklich an.

Aber von nichts kommt nichts: Ohne uns, ohne den Zusammenhalt und die Solidarität unserer Fachgewerkschaften im dbb hätte es weder den Stopp der „5 x 1 %“-Minianpassungen bei Besoldung und Versorgung 2015 gegeben noch die seither dreimalige, jeweils ungeschmälerete Ländertarifübertragung auf Besoldung und Versorgung und schon gar nicht die außerordentliche „2 x 2 %“-Linearanpassung 2019 und 2020.

Mein Fazit: Beharrlichkeit und konsequentes Auftreten haben zu dem von uns gewünschten Ergebnis geführt, auch wenn der Erfolg länger gedauert hat und unsere Geduld auf eine harte Probe gestellt wurde.

► Gewerkschaftstag 2019

Gleich vier von sechs Landesleitungsmitgliedern standen zum letztjährigen Gewerkschaftstag Mitte Mai nicht mehr zur Wahl. Unser höchstes Beschlussgremium hat im Rahmen der gut vorbereiteten und harmonisch verlaufenen Tagung im Frühjahr der wiedergewählten Schatzmeisterin Elke Schwabl (gleichzeitig auch stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft DSTG) und mir vier „neue“ Kollegen an die ehrenamtliche Seite gestellt, die in der zweiten Jahreshälfte motiviert mit Elan

und Sachverstand ihre Aufgaben beim dbb Landesbund in Angriff genommen haben:

- Peter Mertens (Deutsche Verwaltungsgewerkschaft DVG) ist stellvertretender dbb Landesvorsitzender mit der Zuständigkeit für den Tarifbereich und somit auch Vorsitzender unserer Arbeitnehmervertretung,
- Hans-Dieter Gattung, Landesvize der Gewerkschaft Strafvollzug (BSBD), ist unser Mann für die Bezirks- und Kreisverbände,
- Lars Lamowski, stellvertretender Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), hat den Kontakt zur dbb Jugend übernommen und
- Robert Tophofen, kürzlich erneut wiedergewählter stellvertretender Landesvorsitzender des Philologenverbandes PhV, ist nun Vorsitzender unserer Arbeitskreise Seniorenpolitik und Bildungsgewerkschaften.

Über den Sommer haben wir die Kooperation unseres neuen Teams strukturiert und die Aufgaben verteilt, im November gaben Vorstand und Hauptvorstand für die Zuständigkeiten und die Vertretungsregelungen grünes Licht. Unsere Arbeit läuft inzwischen richtig gut, orientiert an den Leitplanken der Beschlüsse des Gewerkschaftstages bis 2024.

► Politische Gespräche 2019

Sichtbarster Nachweis unserer offensiven Gewerkschaftsarbeit waren unsere Gespräche mit Landesregierung und Fraktionen im Landtag, die sich im Herbst 2019 aneinander reiheten. Wir waren beim Innenminister und der Finanzministerin, bei der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU-Landtagsfraktion, bei der FDP-

Fraktion im Landtag und bei der SPD-Landtagsfraktion.

Thematisch ging es um die Personalsituation im öffentlichen Dienst, um die damit verbundene Arbeitsverdichtung, um die von allen Gesprächspartnern vehement abgelehnte Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, um die Digitalisierung und um Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst.

Dabei haben wir gemerkt, dass die Parteien bereits im Wahlkampfmodus sind. Der nächste, ab Mitte dieses Jahres zu beratende Landeshaushalt wird keinen Doppelhaushalt, sondern wegen der Wahl des neuen Landtags 2021 nur ein Haushaltsjahr umfassen. Entsprechend zurückhaltend äußerten sich die Fraktionen auf unsere haushaltsbezogenen Forderungen, die wir für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdrücklich einbrachten. Auf jeden Fall werden wir nicht zulassen, dass Landesregierung und Landtag versuchen, sich auf der Bezügeanpassung 2019/2020 auszuweichen.

> **Forderungen**

Damit es in Zukunft zu dauerhaft konkurrenzfähigen Rah-

menbedingungen im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz kommt, propagieren wir eine Attraktivitätsoffensive.

Wir denken an die Notwendigkeit der aufgabengerechten Personalausstattung auf allen Ebenen und an viele Stellschrauben im finanziellen Dienstrecht. Einige dieser Stellschrauben möchte ich Ihnen beispielhaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit nennen:

- verbesserte Stellen-/Erschwerungszulagen, auch: dynamisiert und ruhegehaltstauglich
- volle systemgerechte Übernahme der rentenrechtlichen Anerkennungen von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder
- Sondergewährung höherer Erfahrungsstufen für Berufseinsteiger
- Jubiläumszuwendung: Forderung nach Wiedereinführung einer nennenswerten monetären Zuwendung
- Alimentation: Korrektur von Versorgungsabschlägen
- Arbeitszeit: Einführung von Langzeit-Arbeitszeitkonten zur Mitarbeiterbindung

- Beihilfe: Abschaffung der Kostendämpfungspauschale
- Versorgungsrecht: (regelmäßige) Versorgungsauskunft nicht nur für versorgungsnächste Jahrgangsangehörige
- Tarifrecht: stufengleiche Höhergruppierung auch nach Ländertarifvertrag

Mehr Geld muss ins System für weiter verbesserte Bezahlung, bessere Sach- und Personalausstattungen sowie für insgesamt bessere Arbeitsbedingungen. Richtig ernst zu nehmen ist, dass die anderen öffentlichen Arbeitgeber und die Privatwirtschaft weiterhin kreativ mit uns um das aufgrund der demografischen Entwicklung immer knapper werdende Angebot an Bewerberinnen und Bewerbern konkurrieren werden. Diesem Handlungsbedarf muss sich die rheinland-pfälzische Politik stellen.

> **Ausblick**

„Dranbleiben“ heißt also unsere Devise. Als gewerkschaftliche Spitzenorganisation bündeln wir beim dbb rheinland-pfalz die Interessen unserer Fachgewerkschaften und ihrer Mitglieder unter unserem Dach. Uns verbindet mit unseren Fachgewerkschaften ein

gemeinsames Grundverständnis von Gesellschaft und Staat, seinen Dienstleistungen und Behörden, dem Berufsethos sowie dem Status unserer Kolleginnen und Kollegen in allen weitgespannten Bereichen des öffentlichen Dienstes. Das schweißt uns zusammen. Etwa auch dann, wenn in diesem Jahr wieder eine Tarifrunde ansteht, diesmal für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Bund und den Kommunen (TVöD).

Solidarisch. Kompetent. Erfolgreich. – Wenn wir so weitermachen, stützen wir den öffentlichen Dienst und die Gesellschaft in Rheinland-Pfalz. Wir bleiben auch im neuen Jahr am Ball und gewohnt beharrlich. Mit Ihnen und für Sie.

Allen Mitmachern und Unterstützern danke ich mit Anerkennung und Respekt für ihr Engagement.

Ich sage Ihnen allen, insbesondere den gewählten Vertreterinnen und Vertretern und allen weiteren aktiven Kolleginnen und Kollegen, heute im Namen des dbb rheinland-pfalz herzlichen Dank.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter an einem Strang ziehen. Denn: Zusammen sind wir stark! ■

Gewerkschaftlicher Rechtsschutz Rechtsschutztag 2019

dbb Dienstleistungszentrum Süd-West zu Gast in Mainz

Der dbb bund hat ein neues Rechtsschutzantragsformular eingeführt. Hinweise zum gewerkschaftlichen Rechtsschutz im dbb wurden konkretisiert. In Kooperation mit dem dbb Dienstleistungszentrum Süd-West wurde vor diesem Hintergrund am 28.

November 2019 in Mainz ein Rechtsschutztag durchgeführt.

Auf Einladung des Landesbundes referierten dabei die für Rheinland-Pfalz zuständigen Rechtsanwältinnen des Dienstleistungszentrums



> Rechtsanwalt Kai Naumann, Rechtsanwältin Ilka Wolf-Bühler, dbb Landesvize Peter Mertens, dbb Landeschefin Lilli Lenz und Silvia Moritz sowie Rechtsanwalt Marco Speth vom dbb DLZ Süd-West (von links)